

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/206

Bonn, den 27. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Seiten
1	Späte Anerkennung Der Ruf nach dem "Schwarzen Plan"	22
2 - 2a	Die Änderung des Wehrbeihilfen-Gesetzes Eine sozialdemokratische Initiative Von Reinhard Scheele	69
3	Die Kultusminister handelten im letzten Augenblick Zu den Beschlüssen der 104. Kultusministerkonferenz Von Waldemar von Knoeringen, MfL	49
4	Dr. Kurt Hirsche 60 Jahre alt Von Anfang an dabei	31
5 - 6	Ist Rotchina wirklich der größte Opiumlieferant der Welt? Sowjetrussische Beschuldigungen Ertragreiche Devisenquelle Von Pierre Simonitsch, Genf	62

Späte Anerkennung

Der Ruf nach dem "Schwarzen Plan"

sp - "Seit Jahren fehlt die unmißverständliche Entscheidung, was auf dem deutschen Energiemarkt geschehen soll"... "Das Problem ist längst nicht mehr die Schließung dieser oder jener Zeche. Es geht um die grundsätzliche Entscheidung: Bergbau oder nicht. Wie immer die Bonner Antwort lauten mag, an einen exakten Programm kommt man nicht mehr vorbei. Kommt der "Schwarze Plan" nicht, so wird die Bundesregierung, wird die Bundesrepublik für ein wirtschaftspolitisches Versäumnis eines Tages eine hohe politische Zeche zahlen müssen." - Dieses Zitat stammt keineswegs aus einer Bundestagsrede des verstorbenen Wirtschaftsexperten der SPD, Dr. Heinrich Deist, sondern aus der Zeitung DIE WELT vom 26. Oktober 1964.

Als Heinrich Deist im Namen der SPD schon vor vielen Jahren den deutschen Energieplan forderte, mit dessen Hilfe die Probleme der Kohleerzeugung, der Rohöl- und Erdgasproduktion, der Elektrizitätserzeugung und der friedlichen Nutzung der Atomkraft in ein volkswirtschaftliches Gesamtkonzept eingeordnet werden sollten, hieß es allenthalben, die SPD kehre zu "dogmatischen und durch die Entwicklung längst überholten planwirtschaftlichen Vorstellungen zurück". Was jetzt ganz allgemein gefordert wird - die Aufarbeitung eines wirtschaftspolitischen Versäumnisses -, ist eine posthume Ehrung für Dr. Heinrich Deist und eine Anerkennung der Wirklichkeitsnähe sozialdemokratischer Forderungen auf dem Gebiet der deutschen Energiewirtschaft.

+ + +

Ein schweres Erbe

Wilson's Reformprogramm für Großbritannien

sp - Die ersten Maßnahmen der neuen britischen Regierung zum Ausgleich des Aussenhandelsdefizits kommen für die britische Bevölkerung nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel. England exportierte weniger als es importierte. Das Defizit nahm unter der Herrschaft der Konservativen einen bedrohlichen die Stabilität des Pfundes gefährdenden Umfang an. Die Regierung Wilsons übernahm ein schweres Erbe. Die Konservativen zeigten sich unfähig, die wirtschaftliche Lage zum Besseren hin zu wenden, wahrscheinlich fehlte ihnen auch der Mut und die Kühnheit zu durchgreifenden, wenn auch unpopulärer Maßnahmen. Diese nun durchzuführen, bleibt dem Kabinett Wilson überlassen. Die Sondersteuer auf Einfuhrgüter und die Exportförderung durch Steuerbegünstigungen ergibt sich aus dem Zwang der wirtschaftlichen Lage. Sie können gewiß keine Wunder herbeiführen, sie schaffen aber doch eine zeitweilige Entlastung der Devisenbilanz. Das Grundübel, die Rückständigkeit der britischen Industrie, ihre dadurch bedingte mangelnde Konkurrenzfähigkeit, wird dadurch nicht behoben. Dazu bedarf es gewaltiger Anstrengungen der ganzen britischen Nation. Die neue Labourregierung geht mit Mut und Zuversicht an die Lösung schwieriger Aufgaben heran, wobei sie auf einen guten Verbündeten bei ihren Bemühungen hoffen kann: auf die immer in Krisenzeiten sich bewährende Disziplin des britischen Volkes. Wilson und seine Mannschaft sind entschlossen, mit dem Schlendrian aufzuräumen und die britische Industrie wieder auf den modernsten Stand zu bringen. Die befreundeten Regierungen sollten dafür Verständnis aufbringen: ein wieder prosperierendes Großbritannien ist unerlässlich für die Stärkung der freien Welt.

+ + +

Die Änderung des Wohnbeihilfer-Gesetzes

Eine sozialdemokratische Initiative

Von Reinhard Scheele

Ab 1. November 1964 unterliegen die Mieten, die bisher nur in Rahmen der sogenannten Angemessenheitsverordnung erhöht werden durften, in 397 Stadt- und Landkreisen, für die vor einem Jahr die Wohnraumbewirtschaftung aufgehoben wurde, keinerlei preislicher Bindungen mehr. Schon die angemessene Erhöhung brachte viele Familien in die Schwierigkeit, ihre Miete nicht mehr allein aus eigener Kraft aufbringen zu können, ohne gleichzeitig eine erhebliche Einbuße ihrer sonstigen Lebenshaltung hinnehmen zu müssen. Nach der endgültigen und völligen Mietpreisfreigabe dürften noch wesentlich mehr Familien und jede Familie für sich in wesentlich stärkerem Maße die gleiche Erfahrung machen.

Um diesen Familien wirtschaftlich ein Mindestmaß an Wohnraum zu sichern, wurde das Gesetz über Wohnbeihilfen geschaffen. Dieses Gesetz wurde von den Sozialdemokraten **a b g e l e h n t**, weil es wegen der zahlreichen - lediglich aus fiskalischen Gründen - eingebauten Beschränkungen seinen Zweck nicht erfüllen kann. Das wird durch die Erfahrungen, die in dem einen Jahr seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gesammelt werden konnten, bestätigt. Es wird weiterhin bestätigt durch die Tatsache, daß nicht nur von den Gemeinden und Bundesländern, von den Mieterorganisationen und den Gewerkschaften, sondern auch von den Politikern der CDU/CSU die Forderung nach einer Verbesserung des Wohnbeihilfengesetzes erhoben wird.

Wohl verstanden:

- * auch von jenen CDU/CSU-Politikern, die bei den Beratungen des
- * Gesetzes glaubten, alle sozialdemokratischen Verbesserungsvor-
- * schläge einfach ablehnen zu müssen und mit dem von ihnen ver-
- * abschiedeten Gesetz bereits das Non-plus-ultra einer sozialen
- * Wohnbeihilfenregelung geschaffen zu haben.

Für die Sozialdemokraten wäre es, besonders nach ihren Erfolgen bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, sicherlich sehr reizvoll gewesen, die unsozialen Auswirkungen einer verfehlten Miet- und Wohnrechtsgesetzgebung vollends sichtbar werden zu lassen. Aber nicht wahltaktische Überlegungen, sondern soziales Verantwortungsbewußtsein und die Verpflichtung, den Auftrag der sozialdemokratischen Wähler zu erfüllen, bestimmen das Handeln der sozial-

demokratischen Bundestagsfraktion. Aus diesem Grunde hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung des Wohnbeihilfengesetzes eingebracht, der in vier Punkten wesentliche Verbesserungen gegenüber der bisherigen Regelung vorsieht:

- * 1. Der Anteil am Einkommen, den jede Familie selbst für die
* Miete aufzubringen hat, ist gesenkt worden und beträgt jetzt
* maximal 20 vom Hundert, anstatt bisher 24 vom Hundert.
*
- * 2. Die Regelung, daß unbeschadet der sonstigen Bestimmungen,
* in jedem Falle ein gewisser Teil der Miete selbst zu tra-
* gen ist, wird fallengelassen.
*
- * 3. Die Differenzierung der benötigten Wohnfläche bei Alt- und
* Neubauwohnungen wird beseitigt. Auch für Neubauwohnungen
* gelten die höheren und zeitgemäßerer Wohnflächen.
*
- * 4. Die Mietobergrenzen, die für die Berechnung der Wohnbeihilfen
* zugrundezulegen sind, können nunmehr 50 vom Hundert, anstatt
* bisher 20 vom Hundert über den Höchstsätzen der Miete für den
* sozialen Wohnungsbau liegen.

Auch wenn diese sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge von der Bundestagsmehrheit angenommen werden, was im Sinne der auf die Wohnbeihilfen angewiesenen Familien nur wünschenswert wäre, bedeutet keineswegs eine nachträgliche Zustimmung zu dem vor gut einem Jahr verabschiedeten Wohnbeihilfengesetz. Mit den jetzt vorgelegten Verbesserungsvorschlägen können nur die größten Unzulänglichkeiten abgemildert werden. Die Unzulänglichkeiten, die aus dem bei diesem Gesetz angewandten System resultieren, werden dadurch noch nicht beseitigt.

So bleibt die sozialdemokratische Forderung nach einem Wohnbeihilfengesetz, das im vollen Umfange den Gegebenheiten eines freien Wohnungsmarktes Rechnung trägt, auch noch weiterhin bestehen. Die Verpflichtung, ein solches Gesetz zu schaffen, ist überdies in sozialdemokratischen Gesetzentwurf eines Dritten Wohnungsbaugesetzes enthalten. Hand in Hand mit diesem Gesetz, das die öffentliche Förderung des sozialen Wohnungsbaus auch in Zukunft sicherstellen soll, werden sie auch auf ein wirksames Wohnbeihilfengesetz drängen.

Die Kultusminister handelten im letzten Augenblick

Zu den Beschlüssen der 104. Kultusministerkonferenz

Von Waldemar von Knoeringern, MdL

Die Beschlüsse der 104. Konferenz der Kultusminister finden unseren lebhaften Beifall. Die Kultusministerkonferenz hat erneut bewiesen, daß sie zu grundlegenden und einstimmigen Entscheidungen von nationaler Bedeutung fähig ist.

Der Beschluß über die Errichtung eines Bildungsrates, der der Kultusministerkonferenz beigeordnet ist, ist ein Schritt in der Richtung auf eine nationale Kulturpolitik und eine Stärkung der föderativen Grundordnung unserer Bundesrepublik. Alle jene, die in den letzten Wochen nach der starken Hand des Bundes gerufen haben und die den Ländern die Fähigkeit absprachen, aus politischer Einsicht gemeinsame Entscheidungen zur Koordinierung der deutschen Kulturpolitik zu treffen, sind ihres Argumentes beraubt. Der Beschluß der Kultusministerkonferenz, ein Sofortprogramm für gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung des Bildungsnotstandes auf die Tagesordnung zu setzen, stärkt den Geist der Gemeinsamkeit und der gemeinsamen Verantwortung in den Ländern. Die Sozialdemokratische Partei in Bayern empfindet nach dieser 104. Sitzung der Kultusminister besondere Genugtuung, denn sie hat seit vielen Jahren eine Politik vertreten, die eine nationale Kulturpolitik und die Festigung der Autorität der Kultusministerkonferenz und jedes Kultusministers in seinem Kabinett zum Ziele hatte.

Allerdings haben sich die Kultusminister erst im letzten Augenblick und unter starkem Druck zum Handeln entschlossen. Schon hatten die Zentralisten der CDU/CSU und FDP im Bundestag die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, unverzüglich mit den Ländern ein Verwaltungsabkommen über einen Bildungsrat abzuschließen. Die Realisierung dieses Antrages hätte eine verfassungsrechtliche Diskussion zur Folge gehabt, die einer vernünftigen Lösung nicht zuträglich gewesen wäre. Dem Antrag Barzel und Fraktion ist nunmehr die Grundlage entzogen.

Die Konstruktion des Bildungsrates wird sich in der Praxis bewähren müssen. Das von der Sozialdemokratie angeregte vorgesehene Gespräch der Parteien ist ein weiteres Unternehmen in der Richtung der Lösung von Gemeinschaftsaufgaben, die die Anstrengung aller positiven Kräfte unseres Volkes notwendig machen. Die SPD in Bayern fühlt sich in ihrem langjährigen Bemühen bestätigt. Sie schöpft aus den Entscheidungen der Kultusminister die Hoffnung, daß in den nächsten Jahren die Konzeption einer nationalen Kulturpolitik erarbeitet werden kann und daß Sofortmaßnahmen nach den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz mit voller Unterstützung aller Parlamente energisch in Angriff genommen werden.

Was wir nicht erreicht haben, ist die Festlegung der Länder in einem Staatsvertrag. Wir werden diesen Gedanken weiter vertreten, da wir glauben, daß auf diese Weise nicht nur die Verwaltungen, sondern auch die Parlamente in den einzelnen Ländern in die große Diskussion um die sich entwickelnden Formen einer Bildungsgesellschaft einbezogen werden können. Die Sozialdemokratische Fraktion in Bayern wird Anlaß nehmen, im Bayerischen Landtag die Fortschritte der Kultusministerkonferenz in Verbindung mit der Kulturpolitik in Bayern zur Diskussion zu stellen.

Dr. Kurt Hirche 50 Jahre alt

Von Anfang an dabei

sp - Am 30. Oktober vollendet der Leiter der Parlamentarischen Verbindungsstelle des DGB in Bonn sein 60. Lebensjahr. Seit seiner frühesten Jugend hat er sein Leben der Arbeiterbewegung gewidmet und ist bereits 1920 der SPD und der Gewerkschaft beigetreten. Als Redner, Schulungsleiter und geschätzter Mitarbeiter der Partei- und Gewerkschaftspresse war er schon vor 1933 bekannt geworden.

Der ehemalige Volksschüler erwarb sich als Schulaußenseiter die Berechtigungsscheine zum Hochschulbesuch. Er studierte als Arbeiterstudent an den Hochschulen und Universitäten Berlin, Heidelberg und Mannheim. Als er Ende 1932 sein Studium beendete, dauerte es nur noch kurze Zeit, bis die Nationalsozialisten ihn aus seiner ersten Stellung vertrieben und seine weiteren Berufspläne zerstörten.

Nach 1945 stellte sich Hirche, kaum aus der Gefangenschaft zurückgekehrt, in Berlin der Parteiarbeit wieder zur Verfügung. Beruflich als Wirtschaftsjournalist für Presse und Rundfunk tätig, ist er in jenen schweren Aufbaujahren dem Ruf der Berliner Partei in die verschiedensten ehrenamtlichen Partei- und öffentlichen Funktionen gefolgt und war Mitbegründer sowie später Vorsitzender des Presseverbandes Berlin.

Im Januar 1953 betraute ihn der Bundesvorstand des DGB in Düsseldorf mit der Leitung seiner Hauptabteilung Wirtschaftspolitik. 1955 übergab er ihm die Leitung seiner Parlamentarischen Verbindungsstelle in Bonn. Als Botschafter des DGB hat Kurt Hirche seitdem mit großem Wissen und umfassender Personenkenntnis die Verbindungen der Gewerkschaften zu Parlament, Parteien und Regierung zu vertiefen verstanden. Seine jahrzehntealte Freundschaft zu Erich Ollenhauer und Heinrich Deist, deren Tod ihn tief traf, hat ihm dabei die Zusammenarbeit mit seiner Partei und ihrer Fraktion erleichtert.

Hirche ist Verfasser mehrerer Bücher über die Volksektie und die Privatisierung sowie über "den 'roten' und den 'braunen' Witz", die seinen Namen weithin bekanntgemacht haben.

Ist Rotchina wirklich der größte Opiumlieferant der Welt ?

Sowjetrussische Beschuldigungen

Ertragreiche Devisenquelle

Von Pierre Simonitsch, Genf

Bereits 1952 hatten die Amerikaner die Regierung in Peking beschuldigt, bedeutende Mengen Rauschgift auf den internationalen schwarzen Markt zu werfen und sich solcherart die Devisen für Waffenkäufe zu beschaffen. Die Meldungen, denen die amerikanische Klage zugrunde lag, kamen aus Formosa, Südkorea und Japan. Großer Staub wurde erst durch die "Enthüllungen" der "Prawda" vom 13. September aufgewirbelt, wonach Rotchina jährlich 8 000 Tonnen Rohmorphium auf geheimem Wege ausführe und sich damit um 500 Millionen Dollar im Jahr bereichere. Nur soll dieses Geld nicht zu Waffenkäufen verwendet werden, wie die Amerikaner meinen, sondern zur Finanzierung der antisowjetischen Propaganda. Nach den Korrespondenten der "Prawda" in Japan hatte Peking bereits im Jahre 1951 700 Tonnen Rauschgift auf den schwarzen Markt geworfen. Im Dezember 1952 sei in Peking unter Anwesenheit des derzeitigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Po Ipo eine Konferenz durchgeführt worden, die eine Erhöhung der Opiumeinkünfte von 70 auf 500 Millionen Dollar jährlich beschloss habe. Der "Prawda"-Korrespondent nannte sieben chinesische Städte, in denen sich Laboratorien zur Umwandlung des Opiums in Morphium und Heroin befänden. Diese Derivate würden über Japan, Honkong und Burma nach Amerika oder Europa geschmuggelt.

Heftige chinesische Reaktion

Die Chinesen reagierten heftig. Am 21. September bezeichnete ein mit "Der Beobachter" signierter langer Artikel in der Pekinger "Volkszeitung" die Ausführungen der "Prawda" als eine üble, von den amerikanischen Imperialisten und ihren Eskaien übernommene Verleumdung. Die Produktion und der Handel mit Opium und allen anderen Rauschgiften seien in China seit 1950 durch ein Dekret streng verboten. Noch am 8. Mai 1963 habe der sowjetische Delegierte bei der Rauschgiftkommission der Vereinten Nationen scharf gegen die amerikanischen Anschuldigungen protestiert, die allein aus politischen Gründen in die Welt gesetzt wurden. Die "Volkszeitung" bemerkt, daß selbst der britische Delegierte bei der UN-Rauschgift-Kommission im Mai 1956 festgestellt habe, daß die in Hongkong kursierenden Rauschgifte nicht aus China kämen.

Wo liegt die Wahrheit ?

Es ist zur Zeit unmöglich, die Wahrheit herauszufinden. Einerseits bringt der Artikel in der "Prawda" eine solche Menge Details, daß es schwerfällt, die Sache als völlig aus der Luft gegriffen zu betrachten. Andererseits besitzt die Rauschgiftkommission der Vereinten Nationen keinerlei Beweise des angeblichen schwungvollen Opiumhandels der Chinesen und weigert sich, die verschiedenen Anschuldigungen zu kommentieren. Im letzten Jahresbericht der Rauschgiftkommission an den Wirtschafts- und Sozialrat, Artikel 25, heißt es:

"Der Nahe und der Mittlere Osten sowie Südostasien bleiben die hauptsächlichsten Zonen, in denen der illegale Opiumhandel blüht." Die "New York Herald Tribune" schreibt, daß 67 Prozent des nach den USA eingeführten Opiums aus Indien käme.

Steigender Opiumverbrauch

Immerhin ist der illegale Opiumverbrauch in den letzten Jahren stark angestiegen. Im Jahre 1960 sind auf der ganzen Welt von der Polizei 16.426 Kilo Rohopium beschlagnahmt worden, 1961 waren es bereits 26.276 Kilo und 1962 sogar 35.372 Kilo. Alle diesbezüglichen Statistiken müssen der UN-Rauschgiftkommission (Untersektion Opiumkomitee) übermittelt werden, die ihren Sitz im Völkerbundpalast in Genf hat und gemeinsam mit den Regierungen und der Interpol die Bekämpfung der Rauschgift Händler organisiert. In Genf befindet sich auch das Versuchslaboratorium, wo Proben der beschlagnahmten Rauschgifte analysiert werden, um die Herkunft der verschiedenen Derivate festzustellen. Bisher war kein chinesisches Opium darunter. Können 8 000 Tonnen Opium spurlos verschwinden?

Wirksame Kontrolle ausgeschlossen

Fest steht, daß die Opiumgewinnung die einzige Erwerbsquelle vieler abgelegener Bergdörfer in Laos, Burma und Thailand ist und daß dort die Regierungen vielfach ein Auge zudrücken, denn durch die kompromißlose Unterdrückung des Opiumhandels würde man ein wirtschaftliches Problem schaffen. In Indien und in der Türkei - zwei der sieben Staaten, denen die internationalen Konventionen die Ausfuhr von Opium zu medizinischen Zwecken gestatten - verkaufen die auf den Mohnkulturen beschäftigten Bauern etwa gleichviel Rohopium an die Schwarzhändler als sie an die Regierung abgeliefern. Der Grund dafür ist leicht zu erraten: die türkische Regierung zum Beispiel zahlt ihnen sechs Dollar pro Kilo Rohopium, die Schwarzhändler bis zu 100 Dollar. Eine wirksame Kontrolle dieses "Landwirtschaftsgutes" ist fast ausgeschlossen. Der Großteil des in Asien gewonnenen Rohopiums geht in den Libanon und nach Südf frankreich, wo es in geheimen Laboratorien zu Morphin in Würdelform (Interpol-Bezeichnung "999") oder Heroin umgearbeitet wird. Die Endstation liegt vorwiegend in den Vereinigten Staaten, wo sich die größten Gewinne erzielen lassen.

Die iranische Regierung - der es ebenfalls erlaubt ist, Opium auszuführen -, hat vor einiger Zeit der UN-Rauschgiftkommission einen interessanten Vorschlag unterbreitet: Die für medizinische Zwecke unentbehrlichen Opiumkulturen sollen internationalisiert werden, während gleichzeitig die Spezialorganisationen der UNO Anstrengungen unternehmen müßten, den Bauern in den unterentwickelten Gebirgsgegenden Asiens neue Erwerbsquellen zu erschließen.